

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 196
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 14. Juli 1932.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 15. Juli 1932.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17 Uhr 05.

Ohne Debatte werden erledigt die Neuregelung des Vertragsverhältnisses zwischen der Gemeinde und der Gesellschaft zum Betriebe der städtischen Wasenmeisterei und thermochemischen Fabrik Ges m.b.H. sowie ein Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für den XIX. Bezirk.

Es wird hierauf die in der letzten Sitzung begonnene Debatte über "Subventionen" fortgesetzt, wobei in der heutigen Sitzung statt des GR-Thaller GR. Hjess das Referat führt.

GR. Dr. Arnold (chr. soz.) bemerkt, dass die Mehrheit, sooft man in die parteimässige Behandlung der Subventionen zum Vorwurf macht, auf den Bund hinweise. Nun sind beim Bund die Subventionen alle ursprünglich ohne Unterschied auf die Parteirichtung gleichmässig verteilt worden. Da aber vom Rathaus Terrorakte gegen Fürsorgeeinrichtungen ausgegangen sind, die der Mehrheit nicht genehm waren, hat sich der damalige Minister für soziale Verwaltung Schmitz auf den Standpunkt gestellt: Aug um Aug, Zahn um Zahn, und wir sind ihm heute noch dafür dankbar, denn wir müssen vom Bund erwarten, dass er uns einigermaßen dafür Ersatz gibt, was Sie uns vorenthalten. GR. Arnold wendet sich sodann dagegen, dass den Vereinen Frohe Kindheit und dem Verein Kinderschutzstationen keine Subventionen gegeben werden, obwohl der erste Verein heute nahezu 150 Ortsgruppen mit 14.000 Kindern hat und im abgelaufenen Jahr ungefähr 800.000 Schilling aufgebraucht hat und der letztere Verein heute noch 17 Tagesheimstätten und Bewahranstalten für Kinder, 12 Internate für Kinder hat und 1008 Kinder in 255.000 Verpflegstagen betreut. Er beantragt, diesen beiden Vereinen je 10.000 Schilling Subvention zuzuwenden. Dagegen werden den sozialdemokratischen Vereinen nicht reichlich Geldsubventionen gewährt, sondern diese Vereine auch in anderer Beziehung reichlich unterstützt. Vor zwei Jahren sind 36 sozialdemokratische Jugendheime in neuen Wohnhausbauten der Gemeinde untergebracht gewesen, was gewiss einen Aufwand von mehreren Millionen Schilling erfordert. Aber auch in alten Häusern sind solche Vereine untergebracht, wie z.B. am Volkswehrplatz 2, eine Angelegenheit, die der Oberste Rechnungshof in seinem verfassungswidrigen Geheimbericht an den Magistratsdirektor beanstandet hat. Für dieses ganze Haus zahlen die Kinderfreunde 40 Schilling Jahreszins und für 2000 Quadratmeter Gartengrund ebenfalls 40 Schilling, das sind für einen Quadratmeter zwei Groschen jährlich. Wir fragen heute wie schon so oft, in wieviel solchen alten Häusern sozialdemokratische Vereine und Einrichtungen untergebracht sind und was das kostet. Ebenso stellt die Mehrheit seinen Vereinen eine grosse Anzahl von Schulklassen und Turnsälen zur Verfügung. Welche Geldsumme macht hier die Zuwendung aus? Ausserdem übernimmt die Gemeinde für solche Lokale die Tragung der öffentlichen Abgabe. Was wird diesen Vereinen an Bodenwertabgabe, Wohnbausteuer und Lustbarkeitsabgabe erspart? Welche Refaktien leistet schliesslich die Gemeinde bei der Instandhaltung solcher Objekte? Wir verlangen auch Aufklärung darüber, wieviel Spiel- und Sportplätze die Gemeinde sozialdemokratischen Vereinen gibt, und was das kostet. Alle diese Zuwendungen gehen sicher in die Millionen Schilling. Da hat man z.B. mehr als einen halben Quadratkilometer Grund den Kinderfreunden für eine Tageserholungsstätte am Laaerberg zugewiesen, wofür gar kein Zins bezahlt wird. Ausserdem übernimmt die Gemeinde die Zahlung der Bodenwertabgabe. Dabei wird diese Tageserholungsstätte ^{für Kinder} am Mittwoch und Sonntag von den Arbeiterturnern benützt. Ferner wurden 700 ⁰⁰⁰ Quadratmeter Grund drei ganz unbedeutenden Fussballvereinen zugewendet, wobei wieder die Gemeinde die

RATHAUSKORRESPONDENZ

II. Blatt

Wien, am.....

Bodenwertabgabe zahlt. Interessant ist auch, dass z. B. den Kinderfreunden sogar Gartengeräte auf Kosten der Gemeinde im Betrage von über 400.000 Schilling zugewendet wurden. Das betrifft wieder das Haus am Volkswehrplatz, bezüglich dessen der Rechnungshof Beanstandungen erhoben hat. Solche Dinge erinnern an die Verhältnisse in Schwechat. Es ist sehr bedauerlich, dass diese Beanstandungen nur in dem Geheimbericht des Rechnungshofes enthalten sind. Wir werden nicht ruhen, bis dieser Unfug eines verfassungswidrigen Geheimberichtes des Rechnungshofes an den Magistratsdirektor beseitigt ist.

Bgm. Seitz: Ich muss Sie abermals aufmerksam machen - Sie entschuldigen, hochwürdiger Herr - dass Sie die Unwahrheit sprechen. Sie reden immer wieder von einem Geheimbericht des Rechnungshofes, der verfassungswidrig sein soll. In Wirklichkeit ist es so, dass der Rechnungshof den Landtagen, in diesem Fall dem Wiener Gemeinderat einen Bericht unterbreitet und andere Mitteilungen unwesentlicher Art, die ihm für den Bericht nicht massgebend erscheinen, den betreffenden Behörden mitteilt. Er macht das beim Bund, bei allen Ländern und konsequent auch beim Wiener Gemeinderat. Nirgends werden solche Mitteilungen, weil sie eben kein Bericht sind, den betreffenden Körperschaften vorgelegt. Trotzdem habe ich, weil ich nicht wünsche, dass diese Mitteilungen geheim bleiben, den Mitgliedern des Wiener Stadtsenates in diese Mitteilungen des Rechnungshofes Einblick gegeben und Sie haben die Möglichkeit durch Ihre Vertreter im Stadtsenat aus diesen Mitteilungen das zu erfahren, was Sie wünschen. Ich kann es aber nicht zulassen, dass Sie den Rechnungshof beleidigen. Wenn Sie sich noch einmal in beleidigenden Aeusserungen gegen den Rechnungshof ergöhen, werde ich gegen Sie disziplinar einschreiten.

GR. Dr. Arnold: Nach der Verfassung sind die Behörden an die Gesetze gebunden. Der Rechnungshof hat keine gesetzliche Grundlage für einen solchen Sonderbericht und weil dieser Sonderbericht der gesetzlichen Grundlage entbehrt, ist er verfassungswidrig.

Bgm. Seitz: Sie scheinen sich der Beleidigung, die Sie da aussprechen, nicht bewusst zu sein. Erkundigen Sie sich doch bei den Juristen Ihrer Partei! Wenn Sie noch einmal den Rechnungshof beleidigen, indem Sie sagen, dass er verfassungswidrig vorgeht, muss ich gegen Sie disziplinar einschreiten.

GR. Dr. Arnold: Nennen Sie mir die Gesetzesstelle, auf welche sich der Rechnungshof stützt, wenn er einen Sonderbericht an den Magistratsdirektor erstattet. Solange Sie diese Gesetzesstelle nicht nennen können, sind Sie im Unrecht. In dem öffentlichen Bericht des Rechnungshofes sind manchmal wirklich Lappalien enthalten. Bei der Sache über die ich gesprochen habe, handelt es sich ^{aber} um 400.000 Schilling. Von dieser Beanstandung soll nur der Magistratsdirektor erfahren. Mit solchen Gemeinplätzen wie ^{dem} dass, ^{was ich sage,} das eine Beleidigung sein soll, ist nichts auszurichten. Nennen Sie mir die Gesetzesstelle, auf die sich der Verfassungsgerichtshof stützt. Bis das nicht geschieht, bleibe ich bei meiner Auffassung. Der Bürgermeister möge doch einmal veranlassen, dass allen Mitgliedern des Gemeinderates Einblick in den Sonderbericht gegeben wird.

Zum Schlusse stellt GR. Arnold den Antrag, den freiwilligen Feuerwehren Josefsdorf, Rosenthal-Satzberg, Wolfersberg, Rudolfshügel, Bad Hall, Mauerbach, Wieselburg an der Erla? Subventionen in demselben Ausmass wie im Jahre 1931 zu gewähren (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

RATHAUSKORRESPONDENZ

III. Blatt.

Wien, am

GR. Stöger (ch.-Soz.) führt aus, dass der Fluch der ungerichten Subventionspolitik der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung zu spüren ist. In einer Zeit der abgrundtiefen Not könnte mit einer gerechten Subventionspolitik manche wertvolle Arbeit geleistet werden. Die Winterhilfe hat den schlagenden Beweis erbracht, dass mit verhältnismässig bescheidenen Mitteln auch heute eine grosse Wirkung erzielt werden kann. Ein anschaulicher Beleg für diese Behauptung ist die Tätigkeit des Vereines zur Erhaltung der ersten Wiener Suppen- und Teeanstalt, in dessen 8 Speisehäusern 78.000 Portionen Speisen unentgeltlich verabfolgt wurden.

Die Speisen und Getränke werden 16 % unter den Herstellungskosten abgegeben und dennoch gibt es viele Besucher, die sich auf diese bescheidene Kost nicht gönnen können. Dieser Verein, der den allerärmsten Schichten der Bevölkerung dient, erhält heute weniger Subvention als in der Vorkriegszeit. Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat dieser Organisation für den Betrieb von 6 Speisehäusern 2.000 Kronen Subvention gegeben, heute erhält der Verein für 8 Speisehäuser 3.000 Schilling. Der Redner beantragt, die Subvention für diesen Verein auf 6.000 S zu erhöhen.

Aufreizend partiell ist die Subventionierung der Jugendvereine. Der Verein zur Unterstützung kath. deutscher Hochschüler "Akademikerhilfe" unterhält derzeit 6 Heime. Im ersten Dezenium seines Bestandes hat er schon eine Summe von 1,132.000 S aufgewendet. Die Wiener Gemeindeverwaltung schützt diese Tätigkeit mit einer Subvention von 2.000 S ein. Dagegen gibt sich der "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs", dem Verein der so-dem. organisierten Studenschaft, eine dreimal so hohe Summe, obwohl dieser Verein nur 3 Heime erhält, die überdies die Gemeinde erbaut hat.

Er beantragt die Subvention für den Unterstützungsverein "Akademikerhilfe" auf 4.000 S zu erhöhen.

Dem Verband "Jugendheim", dessen Namen nichts anderes ist als eine Deckadresse für Parteisekretariate und Kinderfreundeorganisationen, werden 36.000 S zugewendet, der "Reichsbund der kath. deutschen Jugend Oesterreichs" wird mit 8.750 S abgespeist. Da drängt sich unwillkürlich die Frage auf: sind denn die Christen in Wien überhaupt nur mehr Menschen zweiter Güte?

Dem Bildungswesen kommt in einer Zeit, in der Hunderttausende unfreiwillig feiern müssen, eine erhöhte Bedeutung zu. Die "Volkslesehalle" unterhält 3 Dutzend öffentliche Büchereien, davon 22 in Wien. Ein sehr beträchtlicher Teil der Entlehnungen entfällt auf die Arbeiterschaft. Jener Verein, der sich in Floridsdorf zuerst um die Hebung der Volksbildung bemühte, war nicht etwa der "Zentralverein für Volksbüchereien und Lesehallen", der heute 12.000 S Subvention erhält, nicht der "Volksbildungsverein", der 16.000 S bekommt, auch nicht das "Volksheim", dem Sie heute neuerlich 24.000 S zuwenden, sondern jene Organisation, die in Floridsdorf zuerst in volksbildungsrischem Sinne tätig war und dort ein Vereinsheim mit prächtig eingerichtetem Theater, mit Kino und Vortragssälen erbaute, die Volkslesehalle, deren überragende Tätigkeit mit 4.000 S abgespeist wird. Der Redner beantragt, die Subvention für die Volkslesehalle auf 8.000 S zu erhöhen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

IV. Blatt.

Wien, am.....

In einer Zeit der grossen Not wendet sich das Volk einem zweiten trügerischen Sorgenbrecher zu, dem Alkoholismus. Sie geben heute einige Schillinge für die Bekämpfung des Alkoholismus, aber in Wirklichkeit hat sich der Alkoholismus immer der wohlwollendsten Behandlung Ihrer Partei erfreut. Lueger hat das ^{Brauhaus} der Stadt Wien als Preisregulator gegründet, Ihre Partei hat es verstanden, dieses Brauhaus zu einem der mächtigsten Faktoren der österreichischen Brauerei zu machen. Schon vom Standpunkt der Gemeinde aus hätten wir alle Ursache, hier den Kurs augenblicklich zu ändern. Prof. Tandler hat einmal darauf hingewiesen, dass mehr als 40 % der Insassen des Steinhof dem Alkoholismus den Zusammenbruch ihrer Nervenkraft verdanken. Im Jahre 1923 haben wir für die zwei Anstalten Steinhof und Ybbs 16 Milliarden bewilligt, heute sind es 120 Milliarden. Die Polizei hat in jedem Wiener Bezirk eine Fürsorgestelle, eine Trinkerrettungsstelle, eingerichtet und erzielt damit prächtige Erfolge. Die Gemeinde Wien begnügt sich mit einer Trinkerrettungsstelle für ganz Wien. An dem Steigen der Verbrechen und Vergehen hat das Brauhaus der Stadt Wien seinen redlichen Anteil. Wenn die Gemeinde Wien auf dem unendlich wichtigen Gebiete der Bekämpfung des Alkohols schon total versagt, dann soll sie wenigstens die private Abstinenzaktivität ausreichend unterstützen. Wir sehen aber, dass die Abstinenzorganisationen darunter auch das "Kath. Kreuzbündnis", mit lächerlichen Beiträgen abgefertigt werden. Redner beantragt, die Subvention für diesen Verein auf 1.000 S zu erhöhen.

Die drei markantesten Wahrzeichen von Wien sind der Stephansdom, der Kahlenberg und die Donau. Für alle drei zusammen finden wir in der Subventionsliste lediglich für den Bombauverein eine Subvention von 3.000 S.

Sie hätten wahrhaft alle Ursache, auf dem Gebiete der Subventionen gerecht vorzugehen, weil hier mit kleinen Summen grosses geleistet werden könnte. Die Not des Volkes schreit förmlich zum Himmel. In dieser Zeit Parteipolitik über das Volksinteresse zu stellen, ist so erbärmlich, dass es nicht scharf genug kritisiert werden kann. Im Interesse der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung richte ich an Sie nochmals den Appell, den Kurs Ihrer Subventionspolitik zu ändern. (Lebh. Beif. bei den Chr. Soz.)

GR. Dr. Zörnlaib (chr. Soz.) beschäftigt sich vor allem mit der Notlage der bildenden Künstler, die das tiefe Kulturempfinden aufwähle. Es haben sich in der letzten Zeit in Wien, der Pflegestätte deutsch-christlicher Kultur, Ereignisse abgespielt, die man als Kulturschande bezeichnen ^{würde}. So haben in letzter Zeit bildende Künstler von Rang und Namen, um der Not einigermaßen zu steuern, ihre Werke gegen verschieden Utensilien, wie Wäsche, Lebensmitteln, Medikamente usw. einzutauschen versucht. Es ist ein Gebot der Stunde, den Künstlern beizuspringen, es ist ein Gebot der Stunde, dass sich die Gemeinde Wien ihrer Dankeschuld gegenüber den bildenden Künstlern erinnert und den notleidenden Künstlern ausgiebige Notstandsauhilfen und Subventionen zuteil werden lässt. Die Subventionen für die bildenden Künstler, die in dieser Vorlage vorgesehen sind, sind jedoch sehr beschränkt und durchaus unzulänglich, und es ist kennzeichnend für das Kulturempfinden der Mehrheit

RATHAUSKORRESPONDENZ

V. Blatt

Wien, am _____

dieses Hauses, dass sie die in Not und Elend geratenen bildenden Künstler mit Bagatellebeträgen abspeist. An der Notlage der Künstler ist wohl zum überwiegenden Teile das Breitnersche Steuersystem schuld. Die wirtschaftszerstörende Wirkung dieses Steuersystems hat die Stadt Wien so weit gebracht, dass kein Mensch mehr für die Kunst etwas erübrigen kann. Neben den bildenden Künstlern befinden sich auch die Musiker im tiefsten Elend und sie stehen schon nahezu vor dem Zusammenbruch, wenn nicht eine gründliche Abkehr von dem Breitnerschen Steuersystem erfolgt. Wenn Sie Ihr System fortsetzen, wird es in Wien nur mehr eine Art von Künstlern geben, nämlich nur Hungerkünstler. Dann beschäftigt sich der Redner mit dem Wiener Dombauverein. Dieser Verein habe am 1. Jänner dieses Jahres für die Erhaltung des Stephansdomes über 42.000 S präliminiert und in seinen Kassen gehabt. Infolge dringender Reparaturen ist schon im Mai der ganze Betrag aufgebraucht worden und heute sind die Kassen des Dombauvereines leer. Im Jahre 1953 feiert der Stephansdom das Fest des fünfhundertjährigen Bestandes und es wäre Ehrenpflicht der Gemeinde Wien, alles zu tun, um das Jubiläum in würdiger Form begehen zu können. Sie aber geben dem Wiener Dombauverein eine Subvention in dem lächerlichen Ausmasse von 4000 Schilling. Der Redner beantragt, die Subvention für die Denkmäler der Tonkunst von 800 auf 1000 Schilling, die Subvention für die Gesellschaft der Musikfreunde von 2500 S auf 5000 S, die Subvention für das Tonkünstlerorchester von 4000 S auf 8000 S, die Subvention für das Sinfonieorchester von 8000 S auf 10.000 S, die Subvention für die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens von 4000 S auf 6000 S, die Subvention für die Sezession von 7000 S auf 9000 S, die Subvention für die Kunstgemeinschaft von 500 auf 2500 S, die Subvention für den Verein zur Förderung der Kunstgewerbeschule von 1000 auf 2500 S, die Subvention für den Dombauverein von 4000 S auf 10.000 S, die Subvention für den Künstlerbund Hagen von 500 S auf 1000 S zu erhöhen. Ihre Stellung, sagt der Redner, zu diesen Anträgen ^{hier} zeigen, ob die noch Sinn und Empfinden für die christlich-deutsche Kultur und christlich-deutsche Kunst der Stadt Wien haben. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Kalaubek (chr. soz.) bemerkt, die Gemeinde müsste die Subventionierung solcher Organisationen am ernstesten nehmen, die sich mit der Fürsorge, und vor allem ^{mit} der offenen Fürsorge befassen. Es ist daher lebhaft zu bedauern, dass das Ansinnen des Vinzenzvereines um eine solche Subvention abgewiesen wurde. Dieser Verein hat in Wien einen Apparat, der sich von dem Fürsorgeapparat der Gemeinde sehr vorteilhaft unterscheidet. Schon bei den Erhebungen dieses Vereines wird sehr gewissenhaft vorgegangen, was man von der Gemeinde nicht behaupten kann. Von den Fürsorgeämtern der Gemeinde werden den ^{ausgesteuerten} ~~ausgesteuerten~~ alle möglichen Schwierigkeiten bereitet. Die Intervalle, in denen die Unterstützungen gewährt werden, sind sehr lang, die Unterstützten bekommen höchstens einmal im Monat eine ~~geldliche~~ ^{andere} Unterstützung. So wenig rücksichtsvoll und human wird vorgegangen, wenn es sich um bodenständige Arbeiter handelt. Zugewanderte werden allerdings anders behandelt. Da gibt es eine Cyna Rückhaus geborene Ochsenberg, eine russische Jüdin, nach Lublin zuständig, gegenwärtig heimatlos, die sich von ihrem Gatten hat scheiden lassen und jetzt mit ihrem Bruder, der Beamter der israelitischen Kultusgemeinde ist und ein Monatseinkommen von 250 Schilling hat, in gemeinsamen Haushalt lebt. Diese Frau wurde im Fürsorgeinstitut besonders liebevoll behandelt. Sie erhielt in kurzen Intervallen, am 4., am 19. Dezember, am 4. 9. 13. Februar am 9. und 29. März und am 12. April Unterstützungen, das

401

RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Wien, am _____

letztmal sogar eine Doppelunterstützung. Dabei suchte diese Frau um das Heimatsrecht von Wien an und erklärt ⁱⁿ diesem Ansuchen, dass sie der Gemeinde durch Unterstützung ⁱⁿ Wien nie zur Last fallen werde, weil sie mit ihrem Bruder in gemeinsamen Haushalt lebt. Dieses Ansuchen hat die wohlwollendste Förderung der massgebenden Fürsorgefunktionäre erfahren. Gewiss hat auch eine Jüdin, wenn sie arm ist, Anspruch auf eine Unterstützung. Hier handelt es sich aber um eine eingewanderte Jüdin, die hier gar nicht heimatberechtigt ist, um eine Frau, die es versteht sich das Heimatsrecht zu erschwindeln. Wir werden die Angelegenheit weiter verfolgen und es verhindern, dass Gemeindegeld in so unsirger Art vergeudet wird (Lebh. Beifall b. d. Christlichsozialen).

GRtin Deutsch-Kramer (soz. dem.): Dem Gemeinderat Arnold, der so zimperlich ist, wenn es sich um die Gemeinde Wien handelt, könnte man mit dem Wort des Evangeliums antworten, (Lachen bei den Christlichsozialen und Rufe: Ja wissen Sie was davon? - Zwischenrufe). Gewiss, ich habe beim Herrn Dr. Seipel Religion gelernt. (Lebhafte Heiterkeit ^{bei der Mehrheit.} - Zwischenrufe b. d. Christlichsozialen)

Bgm. Seitz: Es geht doch nicht an, dass wenn Redner einer bestimmten Partei im Gemeinderat sprechen, durch Stunden Ruhe im Saale herrscht, während ein Redner einer anderen Partei, sobald er das Wort ergreift, schon durch Zwischenrufe gestört wird.

G. Rtin Deutsch-Kramer: Dem GR Dr. Arnold kann man also mit dem Wort des Evangeliums antworten: Warum siehst Du den Splitter im Auge Deines Nächsten und den Balken im eigenen nicht? Dr. Arnold ist bei den Gemeindegeldsubventionen so genau, findet aber nichts daran, dass die Hunderttausende, die der Bund alljährlich in der Staatswohlthätigkeitslotterie einnimmt, nie verrechnet werden. Solange eine Rechenschaft über diese Summe, nicht gegeben wird, muss man annehmen, dass diese ^{gibt} für korrupte Zwecke ausgegeben wird. (Lebh. Widerspruch und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

Bgm. Seitz gibt das Glockenzeichen.

GRtin Deutsch-Kramer: Es ist ein Zeichen der Demokratie, die im Gemeinderat herrscht, dass über Gemeindegeldsubventionen eine solche Debatte stattfinden kann (Lebh. Beifall bei den Sozialdemokraten. - Lachen und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen). Erst in der letzten Zeit hat Herr Jankoncig zusammen mit dem Unterrichtsminister einem Sportverband Weissgrün eine Subvention gegeben. Das ist in Wirklichkeit ein Heimwehrverband, der in der Art Sport treibt, dass er mit Maschinengewehren herumzieht (Zwischenrufe). bei den Chr. Soz. und Nat. soz.)

Bgm. Seitz: Sie müssen den Mut aufbringen auch einen Gegner anzuhören.

G. Rtin Deutsch-Kramer: Es ist über Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Gemeindegeldsubventionen gesprochen worden. Wie werden die Subventionen beim Bund verteilt? Der Bund ^{gibt} an die Sportvereine Subventionen von 64.000 Schilling. Der Askö, der alle Arbeitersportverbände in sich schliesst und in Wien allein 125.000 Mitglieder zählt - das sind die Hälfte aller Wiener Sportler - bekommt von dieser Summe sage und schreibe 2000 Schilling (Lebh. Hört-Hörtrufe bei der Mehrheit. - Zwischenrufe)

GR Prinke (chrs. soz.) Jetzt sagen Sie aber auch, was der Askö von der Gemeinde bekommt!

GR Dr. Riehl (n. s.) Das ist die ausgleichende Gerechtigkeit,

Gr. Tin Deutsch-Kramer: Wenn er von der Gemeinde mehr als die Hälfte bekommt, ist es nur in Ordnung, weil er mehr als die Hälfte der Wiener Sportler zu Mitgliedern hat (Zwischenrufe). Der Bund gibt in einer Zeit, in der hier so viel über die Not der Kinder gejammert wird nach dem Budget des letzten Jahres für den Pferdesport zwei Millionen aus (Lebh. Hört-Hörtrufe)

RATHAUSKORRESPONDENZ

VII. Blatt

Wien, am

bei der Mehrheit). Da wurde soviel von der Suppen- und Teeanstalt gesprochen. Unter Lueger hat es keine Schülernausspeisung von Gemeinde wegen gegeben, die Kinder wurden in der Art ausgespeist, dass sie Speisemarken bekommen haben und ^{an} der Küche aus einem Reindel haben ^{die} Suppe essen müssen (Zwischenrufe). Heute werden täglich 70.000 Kinder von der Gemeinde ausgespeist. (Zwischenrufe). Für die Kindernausspeisung wird heute ein Vielfaches dessen ausgegeben, was das alte Wien für die Fürsorge überhaupt ausgegeben hat. (Zwischenrufe). Von christlichsozialer Seite wurde heute auch von Abstinenz gesprochen. Dass sich die christlichsoziale Partei ^{für die} Abstinenz erklärt, ist sicher ein Fortschritt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Zwischenrufe bei den Christlichsozialen und Nationalsozialisten.)

Bgm. Seitz: Sie müssen doch die männliche Kraft aufbringen, endlich auch einen Redner der Gegenseite zu hören (Andauernde Zwischenrufe).

GRTin Deutsch-Kramer: Es ist auch nicht wahr, dass die Gemeinde Wien für die Abstinenz nichts tut. Es gibt in jeder Schule Abstinenzwochen, in denen über die Schädlichkeit des Alkohols gesprochen wird. (Zwischenrufe ^{der} GR. Stöger verlangt, dass das Wiener Brauhaus aufgelassen werden soll. (GR. Stöger: Wer hat das gesagt) Was für Geschrei würden Sie machen, wenn wir das wirklich täten. (GR. Stöger: Aber was ich sonst gesagt habe, verschweigen Sie! Andauernde Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten und Christlichsozialen. - Zwischenrufe des GR. Dr. Riehl)

Bgm. Seitz: Herr Doktor, es sind jetzt fünf Redner Ihrer Partei zum Worte gemeldet, die in unmittelbarer Folge sprechen werden. Glauben Sie wirklich, dass alle diese 5 Redner nicht die Fähigkeit haben werden, die Redner die jetzt spricht, zu widerlegen? (Lebh. Beifall und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. - Andauernde Zwischenrufe). Es haben bis jetzt Redner einer Partei gesprochen und niemand hat sie unterbrochen. Ich finde es ungehörig dass jetzt, da ein Redner der Gegenseite spricht, in einem fort diese Störungen erfolgen (Andauernde Zwischenrufe). - Zwischenrufe des GR. Mühlberger (n. s.)

GR. Beisser: soz. dem.): Ihre Wahrheiten, Herr Ingenieur schauen wie Lügen aus!

GR. Mühlberger: Sie Wohnungsschacherer!

GR. Beisser: Sie müssen beweisen, was Sie gesagt haben! Sie sind ein schurkischer Lügner, ein ganz kommuner Lügner! (Andauernde erregte Zwischenrufe. - Lärm. -)

Bgm. Seitz: Ich bitte die Stenographen festzustellen, welche Zwischenrufe zwischen dem GR. Mühlberger und dem GR. Beisser gefallen sind.

GR. Hölzl (nat. soz.): Er hat Schurke und Lügner gesagt!

GR. Beisser: Schurkischer Lügner!

Bgm. Seitz: Ich rufe den GR. Beisser wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

GRTin. Deutsch Kramer bemerkt, dass es selbstverständlich auch die Mehrheit für ihre Pflicht hält, Kunst und Musik zu fördern, dass ihr aber in dieser Zeit der Not in dieser Beziehung leider Schranken gesetzt sind, wie allen Städten, auch den reichsten Städten der Welt. Die Subventionen sind nur ein ganz kleiner Teil dessen, was die Gemeinde für Kunst und Wissenschaft tut. Im Jahre 1930 wurden für Plastiken, Zierbrunnen und Denkmäler von der Gemeinde 142.000 Schilling ausgegeben, für die künstlerische Ausschmückung des Amalienbades 50.000 S. (Zwischenrufe) Von der Gemeinde wurden ^{angestellt} ~~ausgegeben~~ ^{in mehreren gegeben das sind für} ~~ausgegeben~~ ^{den Schubertbrunnen, das Eduard Süßdenkmal, das Lessingdenkmal, das Gustav Mahlerdenkmal...}

GR. Griessler (nat. soz.): Lauter Juden (Schallende Heiterkeit)

GRTin. Deutsch-Kramer: Sie sollten sich doch nicht so blamieren.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt.

Wien, am

Ich würde Ihnen raten, Ihre Minderwertigkeitskomplexe nicht so schlecht abzureagieren. (Lebh. Beif. Bei den Soz. Dem. - Zwischenrufe.)

GR. Dr. Hanke: Und Sie reagieren Ihre anderen Komplexe anderswo ab als im Gemeinderat! (Andauernde Zwischenrufe.)

GR. Deutsch-Kramer: zählt sodann die zahlreichen Kunstpreise auf und die zahlreichen Subventionen, die die Gemeinde Wien an die verschiedenen Künstler und Künstlervereinigungen gegeben hat. (Andauernde Zwischenrufe bei den Nat. Soz.)

GR. Mühlberger: Wieviel Juden sind darunter?

GR. Eisinger (Soz. dem.): Herr Mühlberger, ein Beweis der Darwinschen Theorie!

GR. Griessler (Nat. Soz.): Und Sie gehören auf den Steinhof hinaus!

GR. Dr. Riehl: Ein ausgesprochener Pavian spricht über Darwin! (Zwischenrufe.)

GR. Deutsch-Kramer: bemerkt, aus allem Angeführten ergebe sich dass das Jammern über die niedergehende Wiener Kultur ganz unberechtigt ist. Die Gemeinde hat in der Frage der Subventionen gar nichts zu scheuen. Sie geht damit in die breitesten Öffentlichkeit, anders als der Bund. Wenn die Gemeinde Wien in besonderer Weise die Arbeiterbewegung fördert, so ist das nur selbstverständlich. Die Mehrheit des Gemeinderates ist eine Arbeiterpartei, die Mehrheit wurde von Arbeitern gewählt und sie muss daher die Interessen der Arbeiter wahren. (Lebh. Zwischenrufe und Rufe bei den Chr. Soz. und Nat. Soz.: Jetzt ist Ihnen die Wahrheit herausgerutscht!) Sicher ist es, dass der Bund die den im Bund herrschenden Parteien nahestehenden Vereine nicht nur nicht bevorzugt, sondern sie nahezu unter gänzlicher Ausschluss der sozialdemokratischen Vereine allein berücksichtigt. Gerade unser Vorgehen in der Frage der Subventionen beweist, dass die Gemeinderatsmehrheit genau weiss, was sie der Menschheit und der Kultur schuldig ist. (Lebh. Beif. bei den Soz. dem.)

Hg. Seitz: Ich habe den GR. Beisser wegen der Ausdrücke "schurkischer Lügner", "kommunaler Lügner" zur Ordnung rufen müssen. Nun macht mich der Herr GR. Beisser darauf aufmerksam, dass diese seine Zwischenrufe dadurch hervorgerufen wurden, dass ihm vom Herrn GR. Mühlberger der Vorwurf einer ehrlosen Handlung gemacht wurde. Ich habe aus dem stenographischen Protokoll festgestellt, dass tatsächlich Herr GR. Mühlberger zum GR. Beisser hinübergerufen hat: Sie Wohnungsschacherer! Ich hoffe, dass Herr GR. Mühlberger sich dazu bekennt, und rufe ihn wegen dieses Ausrufes gleichfalls zur Ordnung.

GR. Dr. Hanke (Nat. Soz.) bemerkt, dass die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die finanzielle Lage der Gemeinde Wien es keineswegs rechtfertigen, dass Vereine und Verbände unterstützt werden, die für die Allgemeinheit von keiner Bedeutung sind, während andererseits Institutionen, die eine wertvolle Tätigkeit entfalten, mit Bettelbeträgen bedacht werden. Einzelne Subventionsposten betreffend Einrichtungen, und zwar sowohl sozialdem. als auch christlichsoz., deren parteipolitische Einrichtung zweifelsfrei feststeht. Wenn man sich schon über die Bedenklichkeit hinwegsetzt, parteimässig eingestellte Vereine mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, so muss darauf aufmerksam gemacht

RATHAUSKORRESPONDENZ

IX. Blatt.

Wien, am.....

werden, dass es in Wien nach dem letzten Wahlergebnis 200.000 nationalsoz. Wähler gibt, deren Vereine keine Subvention erhalten. (Zahlreiche Zwischenrufe bei der Soz. Dem. und Gegenrufe bei den Nat. Soz.) Aber auch in formeller Beziehung ist diese Subventionsbewilligung zu bemängeln. Das Verzeichnis der Subventionen enthält nicht alle Subventionsansuchen. Der Magistrat masst sich hier eine Vorzensur an, ein Vorgang der der Demokratie widerspricht. (Zwischenrufe der Soz. Dem. - GR. Eisinger (Soz. Dem.): Was reden Sie von Demokratie?) Der Bürgermeister hat in einer der letzten Sitzungen ein feierliches Bekenntnis zur Demokratie abgelegt. Unter der Annahme, dass es sich hier nicht um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt, müssen wir erwarten, dass er dieser Anschauung überall zum Durchbruch verhilft. Wir Nationalsozialisten lehnen die Demokratie ab, (Rufe bei den Soz. Dem.: Na also! - GR. Beisser (Soz. Dem.): Sie wollen davon profitieren!), sind aber derzeit noch nicht in der Lage, die Verfassung zu ändern. Wir verlangen von den Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, ja häufig genug damit protzen, dass sie sich auch in der Praxis auf dem Boden der Demokratie bewegen. (Zahlreiche Zwischenrufe der Soz. Dem.)

Bg. Seitz: ersucht wiederholt um Ruhe. (GR. Mühlberger (Nat. Soz.): Sie können die Wahrheit nicht vertragen! - GR. Eisinger (Soz. Dem.): Er redet alleweil mit den Händen)

GR. Dr. Hanke (Nat. Soz.): Der Magistrat, zu dem wir wenigstens in der obersten Spitze, kein Vertrauen haben, masst sich Rechte an, die die Grundrechte des Gemeinderates beeinträchtigen. Im Finanzausschuss hat sich der mehr als eigentümliche Fall ereignet, dass der Magistrat gekommen ist, um Gesetzesverletzungen durch den Finanzausschuss zur Kenntnis nehmen zu lassen (Hört! Hört! bei den Nat. Soz.)

Bg. Seitz: Wir reden jetzt über die Subventionen.

GR. Dr. Hanke: Es ist selbstverständlich vollkommen gleichgültig, ob die Mehrheit des Finanzausschusses diese Gesetzesverletzung zur Kenntnis genommen hat.

Bg. Seitz: Der Finanzausschuss hat seine Beschlüsse über die Subventionen autonom gefasst und hat dabei kein Gesetz verletzt. Ich muss diese Bemerkung gegen den Finanzausschuss und gegen den Magistrat zurückweisen.

GR. Dr. Hanke: Die Mehrheit muss sich an die demokratischen Bestimmungen halten, da kann es keine Ausreden und keine Nützlichkeitserwägungen geben! Es ist unbedingt notwendig, dass sämtliche Subventionsansuchen dem Ausschuss II vorgelegt werden.

Der Redner beantragt: Da die dem Gemeinderatsausschuss II zur Beschlussfassung vorliegenden Subventionsansuchen nicht alle im Jahre 1932 eingebrachten Ansuchen umfassen, wird der Magistrat beauftragt, alle diesbezgl. Anträge ohne Unterschied dem Gemeinderatsausschuss II unverzüglich vorzulegen. Zu diesem Zwecke wird die Post 1 von der Tagesordnung abgesetzt. Gleichzeitig wird der Magistrat beauftragt, auch künftighin alle derartigen Ansuchen der zuständigen Stelle, das ist dem Gemeinderatsausschuss II, vorzulegen. (Beif. bei den Nat. Soz.)

Bg. Seitz bemerkt, dass in der Geschäftsführung die Möglichkeit zur Zurückstellung eines Antrages nicht vorgesehen ist, daher dieser

RATHAUSKORRESPONDENZ

X. Blatt.

Wien, am

Antrag nicht zur Verhandlung gestellt werden kann.

GR. Dr. Riehl (Nat. Soz.) führt aus, dass das ganze System der Subventionspolitik eine Krankheit ist, an der jede Demokratie mehr oder weniger leidet. (GR. Nachnebel (Soz. Dem.): Sogar in Braunschweig!) Was sich aber in Wien seit dem Umsturz auf diesem Gebiete ereignet hat, geht über das normale Mass der Dankbarkeit der jeweiligen Mehrheit für ihre Wähler weit hinaus. (Zustimmung bei den Nat. Soz.) Wo immer irgendein alter Verein existiert, dessen Leitung der roten Mehrheit nicht genügend sympathisch ist, wird sofort ein Gegenverein ins Leben gerufen, damit man ihm eine Subvention zuschanzen kann. Wir haben es glücklich dahin gebracht, dass Dinge, die mit der Politik gar nichts zu tun haben, zu einem Objekt des politischen Feilschens gemacht worden sind. Man hat bei den neuerbauten Gemeindegemeinschaften sehr häufig den Eindruck, dass diese Häuser an der oder jener Stelle nur deswegen gebaut werden, weil man da oder dort ein Vereinslokal für eine soz. dem. Organisation benötigt. (GR. Eisinger (Soz. dem.): So schöne Häuser haben wir nicht, wie Sie! Die Gloriottegasse ist der Wohnort der reichsten Leute!) Herr Bürgermeister, bringen Sie doch diesen Herrn zur Ordnung! Das ist der unausstehlichste von allen!

Bg. Seitz: Es ist unmöglich, dass ich die Gemeinderäte in ausstehliche und unausstehliche einteile, ich kann nur einer Ordnungswidrigkeit ein Ende machen. (GR. Eisinger: Der Rassenantisemit, der in seiner Villa jüdische Mieter hat!)

GR. Dr. Riehl: Das ist natürlich ein Blödsinn! In dem Haus wohnen Juden, die man bekanntlich nach dem Mieterschutz nicht hinausbringt. (GR. Beisser (Soz. Dem.): Und so ein Haus kaufen Sie? - Zwischenrufe bei den Soz. Dem. - Gegenrufe bei den Nat. Soz.) Es ist durchaus ordnungswidrig, dass man in den Gemeindegemeinschaften, und zwar in steigendem Masse, in der Form gewöhnlicher Mietverträge einseitig politisch orientierte Organisationen einmietet.

Was die vorliegenden Subventionen betrifft, so muss die Gemeinde, wenn sie der Messe A.-G. schon eine Subvention bewilligt, darauf Einfluss nehmen, dass die Messe A.-G. tatsächlich der bodenständigen deutschen gewerblichen und industriellen Bevölkerung zugute kommt. Die Gemeinde hätte auch auf die Gestion und Führung der Rettungsgesellschaft Einfluss zu nehmen, um zu verhindern, dass dort fast ausschliesslich jüdische Aerzte und jüdische Angestellte in den höheren Posten beschäftigt werden. (Zustimmung bei den Nat. Soz. - Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. Dem.) Es kommt sehr häufig vor, dass sich die Gemeinde bei ihren Subventionen gewaltig vergräbt. Bei dem im Militärkasino veranstalteten Wettsingen und Wettgeigen, an dem sich die Gemeinde mit einem ziemlich bedeutenden Betrag beteiligt hat, mussten wir es erleben, dass nicht nur staats-, sondern auch rassenfremde Leute die Preise weggetragen haben. Bei den Subventionen auf dem Gebiete der Kunstpflege ist zu bemerken, dass, wenn eine besonders starke Herabsetzung vorgenommen wurde, sie eine Organisation oder Institution mit wenig oder gar keinen Juden betrifft, während dort, wo entsprechend viel Juden oder sonst einflussreiche Parteigenossen vertreten sind, die Subvention gleich belassen wurde. Dem deutschen Volksgesangsverein

RATHAUSKORRESPONDENZ

XI. Blatt.

Wien, am.....

der sich um die wissenschaftliche Auffindung des alpenländischen Gesanges grosse Verdienste erworben hat, gibt man statt früher 300, jetzt nur 200 Schilling, während der offenbar nur zu Konkurrenz-zwecken arrangierte "Verein für volkstümliche Musikpflege" einen hohen Betrag erhält. Die Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens bekommt nur 4.000 S, die Wiener Secession 7.500 S. Zu kritisieren ist auch der viel zu geringe Beitrag für den Wiener Denkbauverein. Der Deutsche Turnerbund, der zur Hebung der Volksgesundheit unendlich viel geleistet hat, erhält nicht nur keine Subvention, sondern man treibt ihm aus reiner Bosheit systematisch die Turnsäle, die er aus früherer Zeit inne hatte, ab. Der Verein "Hauskrankenpflege", der seit vielen Jahren auf diesem Gebiete grossartiges leistet, und vorwiegend arisch geleitet ist, erhält einen Betrag von 2.800 S, der Verein "Distriktskrankenpflege", der ohne die Subvention der Gemeinde wahrscheinlich überhaupt nicht bestehen könnte, 10.000 S. Die unerhörte Höhe Subvention von 35.000 S für den Verband "Jugendheim", der nichts anderes darstellt als die Goldbriefadresse der roten Jugendorganisationen, ist eine geradezu zynisch politische Protektion, die einmal vor dem Staatsgerichtshof des dritten Reiches gehen wird. (Beifall bei den Nat. Soz. - Zahlreiche Zwischenrufe bei den Soz. Dem.) Wenn man schon muss, dass der deutschösterreichische Bühnenverein 15.000 S und die "Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs" 6.000 S erhält, so muss man wohl die Frage stellen, wo die Eigenleistungen dieser Organisationen sind. Die Subvention für die sogenannte Wirtschaftshilfe der Arbeiterstudenten Oesterreichs-dieser Arbeiterstudenten sind zu 90 Prozent Juden und keine Arbeiterkinder-ist eine unerhörte Protektion. Auch aus diesem Beispiel ist zu erschen, dass Sie die von der gesamten Bevölkerung aufgebrauchten Steuergelder für rein parteipolitische Aktionen verwenden. Dafür werden wir Sie einmal zur Verantwortung ziehen, weil Ihre Handlungsweise einen Missbrauch des von Ihnen vertretenen Systems bedeutet. (Beifall bei den Nationalsozialisten)

GR. Pichler (nat. soz.) verlangt ebenfalls die Vorlage einer Liste der Vereine, die um eine Subvention angesucht haben und die abgewiesen worden sind. Die Subventionen für das Bildungswesen und für die Wissenschaft sind nach einem ganz einseitigen parteipolitischen Prinzip vergeben worden. Je mehr Tschechen und Juden in einem Verein sind, desto mehr interessieren Sie sich für einen solchen Verein, während Sie Vereine der bodenständigen Bevölkerung nicht berücksichtigen. Der Redner bemängelt, dass die Subvention für die Wiener Urania nur 12.000 Schilling beträgt und dass für die Wiener Juristen und für die Vereinigung Wiener Mediziner, deren Angehörige zumeist östlicher Abkunft sind und von deren Tätigkeit die Öffentlichkeit gar nichts weiss, Subventionen vorgeschon sind. Hingegen haben Sie für den Bund für Volksaufartung und für die österreichische Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen sehr wenig Verständnis. Die Subventionsbeträge hierfür sind eine reine Frotzerei. Es ist selbstverständlich, dass wir eine solche Subventionspolitik ablehnen. (Beifall bei den Nationalsozialisten).

GR. Wolkert (nat. soz.) beschäftigt sich hauptsächlich mit den Subventionen für die Bekämpfung des Alkoholismus. Der Arbeiter-Abstinenzbund Oesterreichs soll eine Subvention von 10.000 S erhalten. Die Erfolge des Arbeiter-Abstinenzbundes aber sind sehr geringe. Es ist eine Heuchelei, auf der einen Seite Subventionen für die Alkoholbekämpfung

RATHAUSKORRESPONDENZ

XII. Blatt

Wien, am.....

auszugeben und auf der anderen Seite für das städtische Brauhaus Reklame zu machen. Es wäre viel besser, dem Branntweinschenkern die Konzessionen zu entziehen und keine neuen Konzessionen mehr hinauszugeben. (GR. Schaffhaubt (soz. dem.): Seit 1919 werden keine Konzessionen mehr vergeben!) Schaffen Sie den Arbeitern Arbeit und geben Sie ihnen den entsprechenden Lohn, das ist der beste Kampf gegen den Alkohol! (Zustimmung bei den Nationalsozialisten)

GR. Mühlberger (nat. soz.) erklärt, dass es sehr verwunderlich sei, dass es in der bestverwalteten Stadt eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage gibt, die von der Gemeindeverwaltung subventioniert werden müsse. Was dieser Verein mit der Subvention von 400 Schilling anfangen soll, ist rätselhaft. Die Naturfreunde werden ausreichend subventioniert, ebenso der Hauptverband für Köspersport, der eine kapitalistisch-jüdische Angelegenheit ist. Der Deutsche Turnerbund hingegen bekommt eine Subvention von nur 2000 Schilling, während die Südmark und der Deutschösterreichische Alperverein leer ausgehen. Würden diese Vereine mit den Arierparagraphen brechen, würden sie von Ihnen alle Subventionen erhalten, die sie brauchen. Hinter allen Ihren Handlungen grinst die scheussliche Fratze des Judentums. Der Redner bemängelt, dass die Subventionen für die freiwilligen Feuerwehren herabgesetzt worden sind, und beantragt, die Subventionen für die freiwilligen Feuerwehren in der Höhe des Vorjahres zu belassen. (Beifall bei den Nationalsozialisten).

GR. Jalkotzy (soz. dem.) bemerkt, die Konstatierung des GR. Arnold, dass in der Bundesverwaltung einmal eine andere Subventionspolitik bestanden hat, entspreche den Tatsachen. Die Subventionen beim Bund wurden nämlich gerecht verteilt, solange Hanusch Minister für soziale Verwaltung war. Auch darin hat GR. Dr. Arnold recht, dass sich die Gemeindeverwaltung bemüht, die ihr weltanschaulich nahestehenden Organisationen in ihrer Fürsorgearbeit zu unterstützen. Schliesslich verlangt auch das Gemeindeprogramm der christlichsozialen Partei selbstverständlich dasselbe für ihre Organisationen. In diesem christlichsozialen Programm wird auch planmässiges Zusammenarbeiten der öffentlichen und der privaten Fürsorge verlangt. Sie werden doch nicht meinen, dass unsere Gemeindeverwaltung mit Ihrer privaten Fürsorge zusammenarbeiten soll. Im übrigen wäre uns nichts sympathischer, als mit einer demokratischen Partei in eine Auseinandersetzung über die Subventionspolitik eintreten zu können. Ganz anders liegen die Dinge, soweit es sich um die Nationalsozialisten handelt, die ja in Wirklichkeit Nationalfaschisten sind, aber nicht den Mut haben, sich als solche zu bekennen. Man muss sehr wohl zwischen den Wählern dieser Herrn unterscheiden und den 15 Herren, die hier sitzen. Wir würden nichts sehnlicher wünschen, als dass Ihre Wähler zuschauen könnten, was Sie hier aufführen (Lebh. Zwischenrufe). Wenn ein Redner unserer Partei spricht, haben Sie eine solche Angst, dass Sie nicht einmal zuhören können. Dann kommen Sie mit Ihren tollen Beschimpfungen und zeigen Ihre Kulturhöhe damit, dass einer von Ihnen von den 5 Stunden Gemeinderatssitzung 4 Stunden lang: Kusch Jud! ruft (Lebh. Beifall bei d. Sozialdemokraten. -Andauernde Zwischenrufe.) Es ist sehr möglich, wenn diese Herren vom Faschismus und plötzlich Vorlesungen über Demokratie halten. Drauf verzichten wir (Lebh. Beifall, b. d. Mehrheit). Glauben Sie, wie Sie Ihre Lehren aus Deutschland übernommen haben, ja nicht, dass sich die Dinge hier ebenso wie in Deutschland entwickeln werden. Da werden Sie sich in der österreichischen und namentlich in der Wiener Arbeiterschaft gründlich getäuscht haben. - (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit. -Zwischenrufe). Einerseits wollen Sie die Demokratie abwürgen, andererseits wollen

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIII. Blatt

Wien, am

Sie aber Subventionen für faschistische Organisationen. Wir werden Ihnen die Macht der Demokratie in diesem Hause noch zeigen (Stürmischer Beifall b.d. Mehrheit) wir werden auch draussen den Kampf gegen den Faschismus führen und Sie werden Ihre Wunder dabei erleben. Subventionspolitik ist eine Frage der politischen Macht und wir wünschen, dass unsere Wähler wissen, wozu sie sozialdemokratisch gewählt haben. Das werden wir unseren Wählern zeigen, wenn Sie auch schreien, ja gerade weil sie schreien (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

Berichterstatter Hess bemerkt in seinem Schlusswort, dass auch die Mehrheit das Bedürfnis hätte, der einen oder anderen Institution eine höhere Subvention zu geben. Das ist aber angesichts der heutigen beengten finanziellen Lage nicht möglich. Es ist auch ein ganz falscher Standpunkt, dass Subventionen öffentlicher Körperschaften für erbrachte Leistungen gegeben werden sollen. Subventionen haben den Zweck zu ermöglichen, dass ein Institut erhalten wird. Der Berichterstatter befasst sich sodann im einzelnen mit den gestellten Abänderungsanträgen und ersucht diese abzulehnen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit).

GR. Beisser (soz. dem.) kommt in einer tatsächlichen Berichtigung auf einen Zwischenruf des GR. Mühlberger zurück, der behauptet hat, er (Beisser) sei Wohnungsschlichter. Ohne sich mit den sonstigen Qualitäten des Herrn Mühlberger beschäftigen zu wollen, stelle der Redner fest, dass das vollständig unwahr ist. Ich habe, sagt Beisser, in keiner wie immer gearteten Form weder als Privatmann noch als Funktionär jemals etwas mit der Vermittlung, Vergebung oder dem Verschachern einer Wohnung zu tun gehabt und der Zwischenruf des Herrn Mühlberger ist daher in jeder Weise eine Unwahrheit.

GR. Dr. Hanke (nat. soz.) wendet sich in einer tatsächlichen Berichtigung gegen eine Bemerkung des Referenten, dass er (der Redner) sich gegen eine Subventionierung von Vereinen ausgesprochen habe und stellt fest, er habe sich gegen die Subventionierung parteimässig gefärbter Vereine gewendet.

Bgm. Seitz: Ich entnehme dem stenographischen Protokoll, dass GR. Dr. Riehl in einer sehr heftigen Auseinandersetzung mit dem GR. Eisinger folgende Aeusserungen gemacht hat: "Das ist natürlich eine Blödsinnigkeit" "Wegen dieses Narren werde ich mich nicht in eine Diskussion einlassen" "Reden Sie nicht so blöd" An anderer Stelle: "Ich weiss nicht vertritt der Herr den Steinhof, ich glaube, er ist der Vertreter vom Steinhof, sonst könnte er nicht einen solchen Blödsinn zusammenreden". Ich unterlasse es, den GR. Dr. Riehl zur Ordnung zu rufen, da dem stenographischen Protokoll die Stenographen halten sich während der Aufnahme der Reden beim Redner auf die Aeusserungen des GR. Eisinger nicht zu entnehmen sind. Ich nehme an, dass ein akademisch gebildeter Mann zu solchen Aeusserungen, wie sie Dr. Riehl getan hat, nur veranlasst wird, wenn die Aeusserungen des GR. Eisinger auch nicht ganz ohne waren. (Heiterkeit). Ich will also nicht ungerecht sein und unterlasse daher den Ordnungsruf.

GR. Eisinger: Darf ich wiederholen, was ich gesagt habe?

Bgm. Seitz: Nein, ich danke! (Lebhafte Heiterkeit).

Bei der Abstimmung werden sodann die Referentenanträge hinsichtlich der Subventionen angenommen und alle anderen Anträge abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XIV. Blatt.

Wien, am.....

GR. Lötsch (Soz.Dem). berichtet über die Förderung von Stadtrandsiedlungen durch die Gemeinde. Er führt aus, dass es sich hier um einen ersten ⁰⁰⁰ Versuch handle. Die Gemeinde widmet für die Stadtrandsiedlung 200.000 Quadratmeter hochwertigen Grund in Leopoldau, jeder Siedler erhält ungefähr 2.500 Quadratmeter. Dadurch werden ca. 80 Existenzen geschaffen. Mit der Durchführung der Aufgabe ist die "Gosiba" betraut, die ihren fachmännischen Rat zur Verfügung zu stellen hat und für die ihr erwachsenden Kosten eine kleine Entschädigung erhält. (Beif.bei den Soz.Dem.)

GR.Ullreich (Chr.Soz.) weist darauf hin, dass am 23. April, einen Tag vor der Neuwahl des Gemeinderates, in der Arbeiterzeitung mitgeteilt wurde, dass die Gemeinde Wien eine Aktion auf dem Gebiete der Innenkolonisation unternommen werde, die einigen Tausend Arbeitslosen die Ansiedlungsmöglichkeit bieten werde. Jetzt sind es nur mehr 80 geworden. In der periodischen Zeitschrift der sozialdemokrat. Wiener Organisation wird erzählt, dass die Gemeinde in den Jahren 1919 bis 1931 über 25 Millionen Quadratmeter Grundfläche angekauft habe. Da wird man es den Siedlern sehr schwer erklären können, dass man für eine Stadtrandsiedlung jetzt nur 200.000 Quadratmeter zur Verfügung hat. Wenn man bedenkt, dass die einzelnen Parzellen im Höchstausmass 2.500 Quadratmeter betragen dürfen, so muss man sagen, dass hier nicht eine Erwerbslosensiedlung, sondern eine grössere Schrebergartenanlage geschaffen wird. Wenn die Gemeinde den Leuten ernstlich helfen wollte, müsste sie auf die 2% ige Verzinsung des Darlehens verzichten und die Frist für die Rückzahlung des Darlehens verlängern. Zu bemängeln ist auch die Heranziehung der Gosiba als Treuhänderin. Uns erscheint diese Aktion nicht als ein verheissungsvoller Anfang, sondern wir finden im Gegenteil eine Menge von Fragen, die man anders und besser hätte lösen können.

Der Redner beantragt, die dem einzelnen Siedler zugewiesene Grundfläche mit mindestens 2.500 Quadratmetern zu bemessen und die Frist für die Rückzahlung des Darlehens von 13 auf 25 Jahre zu verlängern. (Beif.bei den Chr.Soz.)

Stadträtin Dr. Motzko (Chr.Soz.) erklärt, die Vorgeschichte zu dem vorliegenden Antrag sei, dass zwei Menschen 70.000 Schilling für eine Vollsiedlung bereitstellen wollten und bereitstellen wollen. Es soll eine Reihe von grossen Siedlungsstellen angelegt werden und jede einzelne Siedlungsstelle soll rund 10.000 Quadratmeter umfassen. Der errechnete Ertrag würde ausreichen, um einer Familie ein bescheidenes Leben zu ermöglichen. Der Herr Magistratsdirektor hat für dieses Anbot mit dem Hinweis darauf gedankt, dass die Ländler, die mehr Boden haben, dieses Experiment machen sollen. Diese Antwort ist wirklich nicht zu verstehen und wir müssen verlangen, dass über die ganze Angelegenheit die Akten nicht geschlossen werden. Die Rednerin spricht dann eingehend über die Frage der Bodennutzung und erklärt, dass die Bedeutung der Frage der Schaffung von kleinen, selbstverantwortlichen Existenzen nicht verkannt werden dürfe. Die Bodennutzung müsse in jene Richtung gedrängt werden, die in der Autarkie unserer Wirtschaft gelte. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Bodennutzung ist die Bodenaufschliessung, die von der derzeitigen Gemeindeverwaltung bisher immer schwer versäumt wurde. Die Rednerin wendet sich

RATHAUSKORRESPONDENZ

XV. Blatt.

Wien, am

dagegen, dass mit der Durchführung und Organisation der Stadtrand-siedlung die "Gesiba" betraut werde und erklärt, dass die Geschäfte, die die Gemeinde mit der "Gesiba" macht, bedeutend teurer sind als Geschäfte mit privaten Firmen. Aus diesem Grunde stimme die christlich-soziale Fraktion für den ersten Teil des Antrages, sie lehne aber den zweiten Teil des Antrages, der die Durchführung und Organisation der Gesiba trägt, ab. Schliesslich stellt die Rednerin den Antrag, mit dem Studium und der Durchführung der Bodennutzung als Existenz-hilfe für Ausgesteuerte einen Ausschuss zu betrauen, der aus Vertretern der Gemeinde Wien, der Ministerien für Landwirtschaft und Handel, der Gewerkschaftszentralen aller Richtungen und von Vertreterinnen von Hausfrauenorganisationen bestehen soll. (Lebh.bei den Chr.Soz.)

GR. Gratzenberger: erklärt, dass seine Partei werde für den Antrag stimmen, da sie als sozialistische Partei und als Kämpferin für die Eigenheimbewegung jede Siedlungstätigkeit unterstütze. Der Redner bezeichnet die für diesen Zweck zur Verfügung gestellte Summe als zu gering, verlangt eine Erhöhung des Ausmasses der Grundfläche und spricht sich gegen die Übertragung der Aktion an die Gesiba aus. Er beantragt, die Pachtzeit von 15 auf mindestens 30 Jahre zu verlängern, den vorgesehenen Betrag von 100.000 auf 600.000 S zu erhöhen und weiters beantragt er, dass die Gemeinde die Herstellung und Instandhaltung der Zufahrtswege und die Herstellung der Lichtanlage und Wasserleitung bis zu den Parzellen zu übernehmen hat. (Lebh.Beif.bei den Nat.Soz.)

Nach dem Schlusswort des Referenten Löttsch wird der Referentenantrag angenommen, die anderen im Laufe der Debatte gestellten Anträge abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Es folgt die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge.

In einem Dringlichkeitsantrag der GR. Stöger und Kollogen wird verlangt, dass von der geplanten Auflassung der Mädchenvolkschule XX., Greisoneckerstrasse abgegangen werde. (chr.soz.)

GR. Stöger bezeichnet die Schule in der Greisoneckerstrasse als die modernste der in Betracht kommenden drei Schulen und spricht die Vermutung aus, dass diese Schule nur deshalb aufgelassen werden soll, weil die Elternvereinigung dort zum überwiegenden Teil christlichsozial ist. Er wendet sich gegen den Bezirksvorsteher des XX. Bezirks, der gegen die Elternschaft in unglaublicher Weise vorgeht und seine politische Einstellung zur Schulfrage auch dahin dokumentiert habe, dass er auf dem Schulgebäude eine rote Fahne hissen liess. (Lebh.Beif.bei den Chr.Soz.)

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Bgm.Seitz erklärt, er habe vom Bezirksvorsteher Ehengl die Auskunft erhalten, dass unterdessen Amtsführung niemals eine rote Fahne gehisst worden sei. Die übrigen Beschwerden werde er durch den Stadtschulrat überprüfen lassen.

GR.Dr.Arnold (chr.soz.) fordert in einem Dringlichkeitsantrage die Aufhebung der im Jahre 1931 erlassenen Richtlinien über die Gewährung von Pflegebeiträgen. In der Begründung führt der Antragsteller aus, dass von der herrschenden Partei, die immer behauptet, demokratisch zu sein, demokratische Einrichtungen aufgehoben werden, um gewisse Sparmassnahmen durchführen zu können, die sie mit Hilfe der

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVI. Blatt

Wien, am.....

gewählten Fürsorgeräte nicht durchführen könnten. Auf Grund der Instruktionen werden ständig arme Teufel abgewiesen und im Stadtsenat worden hunderte von Rekursen abschlägig beschieden. Die gewählten Fürsorgeräte dürfen keine ziffernmässigen Anträge stellen. Selbst sozialdemokratische Mandatäre aus verschiedenen Bezirken hätten sich an den Redner um Beifall und Christlichsozialen Abhilfe gewendet (Hört Hört bei den Sozialdemokraten.)

St. R. Prof. Dr. Tandler erklärt, dass diese Richtlinien mit den Rekursen überhaupt nicht zu tun haben, weil fast niemals ein Rekurs gegen eine Pflegebeitragsverweigerung einläuft. Für ihn und für den Gemeinderat sei in dieser Angelegenheit nur eines dringlich, die Bewilligung der notwendigen Zuschusskredite, die das Resultat der ihm vorgeworfenen Sparsamkeit bedeuten (Beifall bei der Mehrheit).

Die Dringlichkeit des Antrages wird abgelehnt.

Die Gemeinderäte Rotter, Mühlberger und Genossen verlangen in einem Dringlichkeitsantrage: Der Gemeinderat erhebt sich zur Ehrung des Andenkens der am 15. Juli ermordeten Sicherheitsbeamten von den Sitzen; den versorgungsberechtigten Hinterbliebenen, der am 15. Juli/ermordeten Sicherheitswachbeamten wird eine einmalige Ehrengabe von je hundert Schilling bewilligt, Die bei den Ausschreitungen am 15. Juli verwundeten Sicherheitswachbeamten, die sich heute noch am Leben befinden, werden in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste zu Ehrenbürgern ernannt (Lachen bei der Mehrheit und lärmende Zwischenrufe bei den Nationalsozialisten).

GR. Rotter (nat. soz.) bemerkt in Begründung der Dringlichkeit der Anfrage, kein Tag sei für die Ehrung der vor fünf Jahren gefallenen Polizisten so geeignet wie der heutige (Stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten; Stürmische Rufe: Ihr Arbeitermörder und andauernde Rufe: Der Kommunist Mühlberger! - Andauernde Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. Grosser Lärm) Gerade heute vor 5 Jahren wurde dieses schandliche Verbrechen begangen (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig) Es ist dringlich, dass gerade in der heutigen Sitzung über den Antrag gesprochen wird (Neuerliche stürmische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. - GR. Beisser: Sie Leichenschänder! Sie Arbeitermörder. - GR. Papanek Der Kommunist Mühlberger! - GR. Jalkotzy: Wo war der Mühlberger am 15. Juli! - GR. Beisser: Herr Mühlberger, das Lockspitzel! - Stürmische andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe bei den Nationalsozialisten. - Grosser Lärm). Es gibt anständige Menschen.... (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten: Das seid Ihr nicht!)... und es gibt solche, die für einen solchen Antrag kein Verständnis haben (GR. Beisser: Ihr seid noch heute Arbeitermörder.. Der Mühlberger der Gesinnungslump. - GR. Mühlberger: Sie gemeiner Hund! Sie Dreckkerl! Andauernde Zwischenrufe) Am 15. Juli 1927 hat sich die marxistische Bestie auf anständige Menschen, die ihr Leben für die Wiener Bevölkerung in die Schanze schlagen, gestürzt und sie viehisch behandelt. (Andauernde Lärm.) Die Gemeinde hat heute Gelegenheit die Schuld, die sie damals auf sich geladen hat, zum Teil abzutragen. Lassen Sie diese Gelegenheit nicht vorbegehen (Lachen bei der Mehrheit. - GR. Pokorny: Es ist eine Schande, dass Sie so etwas vorbringen!). GR. Rotter beantragt, seinem Antrage die Dringlichkeit zuzuerkennen und sich zu Ehren der gefallenen Kameraden von den Sitzen zu erheben. (Die nationalsozialistischen Gemeinderäte erheben sich von den Sitzen, heben die Hand hoch und rufen: Heil! (Stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten und andauernde Rufe bei den Sozialdemokraten: Der Kommunist Mühlberger! - GR. Wagner: Die politischen Geschäftemacher! Die Lumpen! (Stürmische andauernde Zwischenrufe. - Grosser Lärm.) Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVII. Blatt.

Wien, am

Nunmehr gelangt der Dringlichkeitsantrag Rotter und Dr. Riehl zur Verhandlung. Der Antrag verlangt, für die Unterbringung von wohnungslosen Wachbeamten und für die unzulässig wohnenden Wachbeamten entsprechende Weisungen an die Verwaltungsgruppe IV zu erlassen.

(Zwischenrufe bei den Soz. dem.: Ihr führt eine Komödie auf! - Ihr braucht das für eure demagogische Agitation! - Gegenrufe bei den Nat. Soz.: - andauernder grosser Lärm.

GR. Reismann

ruft dem GR. Griessler zu: Ein Lausbub sind Sie! GR. Griessler: Kommen Sie hinaus! GR. Reismann: Jeder, der uns Bluthand nennt, hört von uns die Beschimpfung Lausbub!

Bg. Seitz: Herr GR. Reismann, ich rufe Sie zur Ordnung.

GR. Griessler: Ein Folgling sind Sie, Herr Reismann!

BG. Seitz: Herr GR. Griessler, ich rufe Sie zur Ordnung!

Im Saale herrscht ununterbrochen Lärm.

Die chr. soz. Fraktion ^{reklamiert} einen Ordnungsruf für GR. Wagner.

GR. Wagner: Ja, Hetzpfaffe habe ich gesagt!

Bg. Seitz: Herr GR. Wagner, ich rufe Sie zur Ordnung!

Der Lärm flaut ab und Bg. Seitz gibt die weiteren Punkte des in Verhandlung stehenden Dringlichkeitsantrages bekannt. Es wird von Stadtrat Weber ein Bericht verlangt, wieviele Ostjuden, Juden überhaupt, Tschechen und andere Wohnwagen in den Gemeindecubauten erhalten haben und wieviel Sicherheitswachbeamte. Weiters wird verlangt, dass für Sicherheitswachbeamte Wohnungen frei zu machen sind.

Unter grossem Lärm begründet GR. Rotter die Dringlichkeit. Er verweist auf eine am 8. Juli stattgefundene Pressebesprechung wegen Unterbringung von wohnungslosen oder unzulänglich wohnenden Sicherheitswachbeamten. Im Wohnungsamt werde den Sicherheitswachbeamten erklärt, wenn sie nicht bei der Sicherheitswache wären, würden sie eine Wohnung bekommen. Ihnen wird ^{auch} erklärt, sie würden unterkommen, wenn sie Kinder hätten. Dagegen werden in anderen Gemeindebauten sehr viele kinderlose Familien, allerdings mosaischer Konfession, untergebracht. Der Redner verliest eine Liste von solchen jüdischen Mietern eines Gemeindehauses und wird hierbei von stürmischen Schlussrufen der Sozialdemokraten unterbrochen.

Bgm. Seitz ruft den GR. Gratzenberger wegen des Ausrufes "Saujud, zur Ordnung" ^{drockiger} zur Ordnung. Ebenso weist er eine auf sozialdemokratischer Seite erfolgte Beschimpfung des GR. Mühlberger als eines Gesinnungslumpen zurück und er erklärt, er werde den betreffenden Zwischenrufer feststellen lassen. Dem GR. Rotter fordert er auf, denjenigen Beamten des Wohnungsamtes zu nennen, der erklärt habe, dass Sicherheitsbeamte keine Wohnung in Gemeindehäusern bekommen, dieser Beamte werde wegen dieser absolut ungehörigen Bemerkung zur Verantwortung gezogen werden.

St. R. Weber:/ erklärt, dass die dem Wohnungsamt zur Verfügung stehenden Wohnung auf alle Bevölkerungsschichten gleichmässig verköhlt werden. Gegen die niederträchtige Lüge, dass Sicherheitswachbeamte keine Wohnung bekommen, habe er sich schon gelegentlich schriftlich gewendet.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem weiteren ^{Dringlichkeits-} Antrag Pichler und Genossen wird die Ermässigung des Strom- und Gaspreises für ausgesteuerte Arbeitslose um 50 Prozent für sonstige Arbeitslose um 25 Prozent verhängt. Die Deckung des

RATHAUSKORRESPONDENZ

XVIII. Blatt

Wien, am

Ausfall es soll durch eine 5prozentige Erhöhung des Strom- und Gaspreises derjenigen Konsumenten erfolgen, die eine Einkommenssteuer von mindestens 5 Prozent entrichten.

GR. Pichler (nat. sez.) bemerkt, die Gemeinde könne mit diesem Antrag einen grossen Teil der Schuld abtragen, die sie an dem Elend der Arbeitslosen hat.

St. R. Breitner teilt als Vertreter des Viehhürgermeisters Emmerling mit, dass die Gas- und Elektrizitätswerke schon vor geraumer Zeit eine Erhebung des Standes der Konsumenten nach dem Gas- und Stromverbrauch angeordnet haben. Es ist selbstverständlich ausserordentlich schwierig, die Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse der über 640.000 Strom- und der 500.000 Gasabnehmer festzustellen. Bekanntlich hat sich die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zum Grundsatz gemacht, an den Lasten des Gemeinwesens vor allem die Leistungsfähigen heranzuziehen und die Besitzlosen zu schonen. Wenn ein abgestufter Tarif eingeführt wird, so nur in der Form, dass ein gewisser bescheidener Mindestkonsum zu einem billigen Preis berechnet wird.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

In einem Dringlichkeitsantrag Schaffer und Dr. Richl wird eine Überprüfung der seit dem Jahre 1930 erfolgten Versetzungen von Strassenbahnbediensteten, die Rückgängigmachung der aus dienstlichen Gründen erfolgten Versetzungen, verlangt, weiters Erleichterungen für solche Strassenbahnbedienstete, deren Wohnung ^{in zu grosser Entfernung von} ~~in~~ ^{ihren Betriebsbahnhof} liegt, es wird gefordert, dass die Vertrauensmänner unverzüglich zum normalen Dienst heranzuziehen sind, dass ihre Stellung mit keinerlei Vorteilen verbunden sein darf.

GR. Schaffer (nat. sez.) bemerkt, dass es sich in den meisten Fällen bei den Versetzungen um Terrorakte an nicht sozialdemokratischen Strassenbahnern handle. Bei solchen Schaffnern, die in zu grosser Entfernung von ihrem Betriebsbahnhof wohnen, müsste schon aus Sicherheitsgründen die Anweisung einer Wohnung in der Nähe des Bahnhofs verfügt werden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Es gelangt ein Dringlichkeitsantrag des GR. Hölzl zur Verhandlung, der verlangt, dass ein Beamter wegen Verletzung seiner dienstlichen Verschwiegenheitspflicht zur Verantwortung zu ziehen ist. Es handelt sich um die im Sinne der Wahlordnung zusammengestellte Parteiliste, die von 100 wahlfähigen Personen unterschrieben werden muss, deren Namen der Beamte preisgegeben haben soll. Der Bürgermeister macht den Antragsteller aufmerksam, dass der Antrag etwas Ungesetzliches verlange. Nach der Wahlordnung seien die Parteilisten zu veröffentlichen, es sei ein öffentliches Verfahren vorgesehen. Wenn ein Beamter eine ungesetzliche Handlung begangen haben sollte, müsse ihm der Name des Beamten bekanntgegeben werden. GR. Hölzl sagt in der Begründung seines Antrages, der Beamte habe Personen, die eine Parteiliste unterschrieben haben, eingeladen und ihnen deswegen Vorhalte gemacht. Dieser Vorgang sei ungesetzlich, worauf Bürgermeister Seitz erwidert, dass ihm in diesem Falle der Name des Beamten bekanntgegeben werden müsse. Die Dringlichkeit wird abgelehnt und es gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR. Gratzenberger, der unter anderem die Aufhebung aller Unternehmungen der Gemeinde und der Unternehmungen, an denen die Gemeinde irgendwie beteiligt ist, verlangt, die das heimische Gewerbe schädigen, zur Verhandlung. In der Begründung der Dringlichkeit verweist der Antragsteller unter anderem darauf, dass Gasrohre französischer Herkunft verwendet werden, worauf Bürgermeister Seitz erwidert, dass die strenge Norm bestehe, nur Inlandsware zu verwenden, nur wenn keine Inlandsware vorhanden ist, dürfe eine Auslandsbestellung gemacht werden. In jedem einzelnen Falle müsse ihm darüber berichtet werden. Die Dringlichkeit wird abgelehnt. Es liegt ferner das Ersuchen vor, 4 Anfragen, deren schriftliche Beantwortung bereits erfolgt ist, samt der schriftlichen Beantwortung in der heutigen Sitzung zu verlesen. Es sind das die Anträge Weikert, wegen der Vorfälle im Fürsorginstitut XIII., Dr. Richl wegen Verwertung der Gründe des Bürgerversorgungshauses, Scholz wegen der Staubplage am Margaretengürtel und Dr. Richl über die Anstellung von Ärzten. Nach einer Begründung der Notwendigkeit der Verlesung durch die Antragsteller wird beschlossen, die Verlesung der Anfragen und deren Beantwortung in der Gemeinderatssitzung nicht vorzunehmen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.
Bogenabfertigung 12 Uhr 01.